

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886845 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Horst Niggemeier MdB zur
Gründung einer sozialdemo-
kratischen Partei im ande-
ren deutschen Staat: Potent-
ial sozialdemokratischer
Ideen in der DDR.

Seite 1

Wolfgang Roth MdB zur
Belastung der Fernpendler
in Stadt und Land: Matt-
höfers Niederlage darf sich
nicht wiederholen.

Seite 3

Dokumentation:

Auf einem Empfang zum
70. Geburtstag von Anne-
marie Renger würdigte der
SPD-Partei- und Fraktions-
vorsitzende Dr. Hans-Jo-
chen Vogel am 7. Oktober
Bonn Werdegang und Wir-
ken von Annemarie Renger,
Vizepräsidentin des Deut-
schen Bundestages. Der
Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 194

9. Oktober 1989

Potential sozialdemokratischer Ideen in der DDR

Zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei im anderen deutschen Staat

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Das Bekenntnis der ungarischen Reformkommunisten zu den Prinzipien der westlichen Sozialdemokratie ist ein Signal von zentraler europäischer Bedeutung: Das Scheitern des demokratie- und freiheitsfeindlichen Kommunismus wird jetzt durch jene politischen Kräfte eingestanden, die zwar an den Schalthelfern der kommunistischen Staatsmacht in Ungarn standen, aber ihre rationale Erkenntnisfähigkeit über die unreformierbaren Schwächen des kommunistischen Systems nicht verloren haben.

Aus der DDR mehren sich inzwischen die Nachrichten, daß auch innerhalb der SED in der zweiten Reihe hinter der Honecker-Riege von notwendigen Reformen die Rede sein soll. Noch sind es nur vage Andeutungen, die durch nichts bestätigt sind. Allerdings sind diese Andeutungen weit weg von der Perestrojka in der Sowjetunion und noch weiter entfernt von dem „ungarischen Weg“, der zum demokratischen Mehrparteiensystem und einer sozial orientierten Marktwirtschaft führen soll.

Gleichwohl sind insbesondere die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik gefordert, sich den Entwicklungen in der DDR mit besonderer Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das deshalb, weil die Hinweise über eine mögliche Ermütigung der vier sogenannten Blockparteien der „Nationalen Front“ (Christdemokraten, Liberale, Nationaldemokraten, Bauernbund) zu mehr Eigenständigkeit, also weg von der SED-Gängelung, die Frage nach der Entstehung der SED im Jahre 1946 aufwirft. Da gilt es nämlich, längst Vergessenes wieder in die Erinnerung zu bringen, denn die heute real existierende SED möchte gern vergessen machen, daß die Kommunisten 1946 die real existierende SPD in der Sowjetzone ausgelöscht haben.

Die damals von der aus Moskau nach Berlin zurückgekehrte Gruppe um die KPD-Führer Pieck und Ulbricht hat mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die mitgliederstarke SPD durch eine Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED aus dem Wege geräumt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with vegetable dyes
Recycling-Paper



Sozialdemokraten, die sich dieser politischen Vergewaltigung widersetzen, wanderten zu Tausenden in das gerade von den Nazis geräumte Konzentrationslager Buchenwald und das Zuchthaus Bautzen. Das Bekenntnis der Menschen zur Sozialdemokratie war in der Sowjetzone zu einem verfolgungsfähigen Straftatbestand geworden. Und das ist es auch heute noch, wie die kürzliche Kampfansage Honeckers an den „Sozialdemokratismus“ beweist.

In der „Geschichte der SED“ findet sich über die organisierte Jagd und Hatz auf Sozialdemokraten in der Sowjetzone natürlich kein Wort. Wohl aber wird dort unverblümt betont, daß „die revolutionären Traditionen, die marxistisch-leninistische Politik der KPD in der SED ihre Fortsetzung fanden“. Deutlicher konnte nicht bestätigt werden, wie der Sozialdemokratie durch die Zwangsvereinigung sowohl organisatorisch wie auch programmatisch das Lebenslicht ausgeblasen wurde.

Kurt Schumacher, der erste SPD-Vorsitzende nach 1945, focht damals einen erbitterten Kampf gegen diese Zwangsvereinigung, die von den Kommunisten unter dem Täuschungsbegriff von der „Einheit der Arbeiterklasse“ in der Sowjetzone betrieben wurde.

Noch vor der SED-Gründung im April 1946 machte die Sozialdemokratische Partei in den drei westlichen Besatzungszonen in einer EntschlieÙung deutlich, daß die KPD „mit den Mitteln der Gewalt und des Überlistens eine Politik der Aufsplitterung der einzelnen Teile der Sozialdemokratie betreibt“. Und weiter heißt es in der damaligen EntschlieÙung:

„Nach dem Willen der kommunistischen Parteiführung geht es nicht um die Einigung der Arbeitenden, sondern um die Eroberung der Sozialdemokratischen Partei durch die KPD... Die Sozialdemokratie lehnt es ab, den Blutspender für den geschwächten Parteidörper der kommunistischen Partei abzugeben.“

Kurt Schumacher sagte im Mai 1946 auf dem westlichen SPD-Parteitag unmittelbar nach der Zwangsvereinigung über diesen Vorgang, daß das „was mit so reaktionären Mittel erzwungen ist, auch reaktionäre Konsequenzen zeitigen muß“, denn:

„Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitslisten ist keine Demokratie sondern ist das Gegenteil: Diktatur... Der Kampf um die Macht innerhalb der SED ist schon lange entschieden. Bevor die äußerliche Einigung perfekt war, haben die Führer der KPD niemals daraus einen Hehl gemacht, daß jetzt die sozialdemokratischen Funktionäre gründlich umgeschult werden müÙten.“

Kurt Schumachers Hinweis von den „reaktionären Konsequenzen“, die sich aus der Zwangsvereinigung ergeben würden, hat sich in 43 Jahren SED-Herrschaft als dramatisch richtig erwiesen.

Es wäre deshalb ebenso unpolitisch wie unhistorisch, in der DDR-Gesellschaft kein latent vorhandenes Potential an sozialdemokratischen Ideen zu vermuten. Im Gegenteil. Die wirkungsvolle Existenz der Sozialdemokratie in Europa hat mit ihren Einflüssen über die Jahrzehnte hinweg auch vor den Grenzen der DDR nicht halt gemacht. Die jetzt bekanntgewordene Gründung der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ ist dafür bereiteter Ausdruck.

Vor diesem Hintergrund gebietet es die demokratische Selbstachtung und die Prinzipientreue zu den sozialdemokratischen Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, sich denen gegenüber als zuverlässige Unterstützer zu erweisen, die in der DDR ihre Vorstellung von einer demokratischen Gesellschaft an der SPD und ihrer Politik orientieren. Deshalb muß die Lebenslüge der SED, die sich mit ihrer Gründung verbindet, in einer offenen Diskussion im Zusammenhang mit den notwendigen Reformen in der DDR thematisiert werden. Die zehntausende von Sozialdemokraten, die in der sowjetischen Zone und späteren DDR ein Opfer kommunistischer Verfolgung bis hin zur physischen Vernichtung wurden, haben Anspruch darauf, daß ihre politische Gesinnungstreue und ihr Kampf für Demokratie und Freiheit nicht länger der SED-Geschichtsfälschung ausgeliefert bleiben.

(-/9.10.1989/vo-he/rs)

Matthöfers Niederlage darf sich nicht wiederholen

Fakten zur Belastung der Fernpendler in Stadt und Land

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Regeneration der Umwelt und ihr Schutz vor künftigen Schädigungen haben ihren Preis. Mittlerweile ist diese Einsicht Allgemeingut geworden. Die Umsetzung kann nämlich im Einzelfall sehr schmerzlich sein, sie kann Opfer abverlangen und auch Ziel-Konflikte produzieren.

Einerseits ist es notwendig, durch Erhöhung der Preise für Energieträger zum sparsamen Verbrauch zu zwingen - und damit den Schadstoffausstoß zu verringern; andererseits sind Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihr Automobil angewiesen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Und jede Erhöhung des Benzinpreises benachteiligt beispielsweise jene Beschäftigten mit langen Fahrstrecken zum Arbeitsplatz, die nicht auf Bus oder Bahn umsteigen, geschweige denn zum Drahtesel greifen können. Dies ist ein typischer Zielkonflikt.

Der vorletzte Finanzminister der sozialliberalen Koalition, Hans Matthöfer, kann ein Lied davon singen, wie schwierig es war, 1981 sogar unmöglich, unter den Sozialdemokraten eine Mehrheit für eine Energiesteuer gegen den Widerstand der „Fernpendler-Fraktion“ zusammenzubekommen. Er ist damals mit seinem wegweisenden Vorschlag an der eigenen Partei gescheitert.

Manche Diskussionen heute erinnern an die Kontroversen um Matthöfers Vorstoß. Auch heute werden gegen eine kräftige steuerliche Erhöhung der Mineralölpreise die angeblich benachteiligten Fernpendler auf dem Lande angeführt.

Verkehrsstatistische Erhebungen zeigen, daß die Pendler auf dem Lande keineswegs grundsätzlich längere Fahrstrecken zurückzulegen haben, als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Ballungsgebieten. In der dünn besiedelten Region um Trier legen nur zwölf Prozent der Beschäftigten eine tägliche Fahrstrecke zum Arbeitsplatz zurück, die länger als 25 Kilometer ist. In Hamburg beträgt

der Prozentsatz derjenigen mit mehr als 25 Kilometern Fahrleistung pro Tag jedoch 13 Prozent. Und im benachbarten, dünn besiedelten Schleswig sind es lediglich 8,4 Prozent.

Hinzu kommt noch: In den ländlichen Regionen fahren Pendler billiger und schneller zum Arbeitsplatz als jene, in den Ballungsgebieten, weil sie flüssiger vorankommen, weniger Stops von Ampeln einlegen und weniger Staus über sich ergehen lassen müssen. Da mag man denn einwenden, auf dem Lande werde im Schnitt nicht das verdient, was die Großstadt zu bieten hat. In jedem Fall zeigt die Statistik, daß das Problem ein wenig verwickelter ist, als die pure Gegenüberstellung von Fernpendlern auf dem Lande und um die Stadt herum glauben machen will.

Drei Erfahrungen kristallisieren sich aus dem Wust von Fahrstreckenstatistiken heraus:

- Erstens werden die Fahrstrecken generell länger. Fast 35 Prozent der Pendler legten 1985 längere Arbeitswege als zehn Kilometer zurück, 1978 lag der Prozentsatz der mehr als zehn Kilometer täglich Pendelnden bei 29,2 Prozent.
- Zweitens wird der Prozentsatz der Autobenutzer auf dem Weg zur Arbeit immer größer. Deren Anteil stieg zwischen 1970 und 1985 von 32,5 auf 51 Prozent. Bei den erwerbstätigen Frauen stieg der Pendleranteil im Vergleichszeitraum von 17 auf 40 Prozent.
- Je kleiner der Wohnort, desto länger die Fahrstrecke zum Arbeitsplatz. Ab Kommunen der Größenordnung von mehr als 200.000 Einwohnern werden jedoch die Fahrstrecken wieder länger, weil Wege um die Städte herum gefunden werden müssen.

Für mich ergeben sich mehrere Schlußfolgerungen aus diesem komplizierten Sachverhalt:

- Wir können nicht für jede Situation eine Regelung schaffen, die rundum zufriedenstellt. Die Bürgerinnen und Bürger werden es uns nicht honorieren, wenn wir ihnen mit Versprechungen kommen, die in den Sternen stehen. Wir sollten die Opferbereitschaft für eine gesunde Umwelt nicht unterschätzen und uns daher vor Scheinkonflikten hüten.
- Wir müssen endlich mit einem neuen modernen und umweltverträglichen Verkehrskonzept im Rücken dem öffentlichen Personennahverkehr materielle Anstöße geben. Und über die Rolle des ÖPNV wird gewiß in der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 nachgedacht werden müssen.
- Eine Stärkung des ÖPNV reicht - vor allem auf dem flachen Lande - nicht aus. Das Auto muß besser genutzt werden. Das verlangt zum Beispiel mehr Park-and-Ride-Möglichkeiten. Wir müssen auch Anreize geben, daß sich mehr Fahrgemeinschaften bilden. Dazu dient auch die Entfernungspauschale. Insgesamt muß die Sitzplatzauslastung in den Autos gesteigert werden.
- Wir haben schon einen steuerlichen Ausgleich für die Belastungen aus langen Pendlerstrecken beschlossen. Wir halten einen Ausgleich für Fernpendler für unverzichtbar, der die mangelhafte ÖPNV-Versorgung in der Fläche ausgleicht.

(-/9.10.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Hans-Jochen Vogel würdigte Annemarie Renger

Auf einem Empfang zum 70. Geburtstag von Annemarie Renger würdigte der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel am 7. Oktober in Bonn Werdegang und Wirken von Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Der Wortlaut:

Der äußere Eindruck scheint jeden Lügen zu strafen, der das behauptet. Aber die Dokumente beweisen es: Du, liebe Annemarie, feierst heute Deinen 70. Geburtstag. Aus diesem Grund hat sich hier in der Godesberger Redoute ein großer Kreis von Gratulanten eingefunden, die Dir auch auf diese Weise für all das danken wollen, was Du im Laufe Deines bisherigen Lebens für unser Gemeinwesen im allgemeinen und für unsere, für Deine politische Gemeinschaft, für die deutsche Sozialdemokratie im besonderen geleistet hast. Nach Frau Bundestagspräsidentin Dr. Süsmuth, die Sie im Namen des Deutschen Bundestages willkommen geheißen hat, begrüße ich Sie meinerseits im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Bundestagsfraktion. Ich freue mich besonders, daß auch der Herr Bundespräsident zu den Gratulanten gehört, die der von Frau Dr. Süsmuth und mir gemeinsam ausgesprochenen Einladung Folge geleistet haben.

Mein ganz besonderer Gruß gilt aber natürlich Dr. liebe Annemarie. Mit diesem Gruß verbinde ich die herzlichsten Glückwünsche Deiner Partei und Deiner Fraktion und meine eigenen ganz persönlichen Glückwünsche. Es sind die Glückwünsche einer Partei, der Du seit 44 Jahren und einer Fraktion, der Du seit 36 Jahren angehörst. Und die Glückwünsche eines Mannes, der Dir als junger Oberbürgermeister vor über einem Vierteljahrhundert zum ersten Mal begegnet ist. Das sind ungewöhnliche Zeiträume. Zeiträume, die schon für sich allein etwas aussagen über Deine Beharrlichkeit, Dein Engagement und die Festigkeit Deiner Überzeugungen.

Dein Lebensweg ist dieser Tage vielfach beschrieben und gewürdigt worden. Soeben in einer überaus wohltuenden, noblen und eindrucksvollen Weise auch von der Präsidentin des Deutschen Bundestages. Ich selbst habe zuletzt vor fünf Jahren bei dem Empfang aus Anlaß Deines 65. Geburtstages eine solche Würdigung versucht. Das alles will ich nicht ein weiteres Mal wiederholen.

Ich will vielmehr sagen, worin ich die Besonderheiten Deines Werdeganges sehe. Besonderheiten, die zusammengenommen erklären, warum von Dir so starke Wirkungen ausgegangen sind und warum Du geradezu zu einer politischen Institution unseres Landes geworden bist, deren Urteile, Ratschläge und Mahnungen weit über den üblichen Kreis von Sympathisanten hinaus gehört werden.

Das ist zunächst die starke politische Prägung, die Du in Deinem Elternhaus für Dein ganzes Leben empfangen hast. Schon Dein Großvater war aktiver Sozialdemokrat. Dein Vater war es als Stadtrat in Leipzig und als Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport nicht minder. Du selbst bist in der Kinderfreundesbewegung groß geworden. Und auch die Zeiten der Verfolgung hast Du als junges Mädchen und als junge Frau bewußt miterlebt. Es mag heute für manchen schon fast etwas altmodisch klingen. Aber es macht verständlich, warum die deutsche Sozialdemokratie für Dich nie nur eine rationale Zweckgemeinschaft war, sondern bis in unsere Tage eine Gesinnungsgemeinschaft geblieben ist, deren Ziele nicht nur Deinen Verstand, sondern stets auch Dein Gefühl und Dein Herz erfüllt und bewegt haben. Deshalb konntest Du auch in Deiner Kritik und in Deinen Mahnungen sehr entschieden sein, wenn Du diesen Aspekt sozialdemokratischer Politik vernachlässigt glaubtest. Aber aus eben demselben Grund hast Du Dich auch stets dagegen gewehrt, von der falschen Seite in Anspruch genommen zu werden. Von denen, die Dich nur deshalb lobten, um auf diese Weise der Gemeinschaft Abbruch zu tun, der Du Dein ganzes Leben hindurch vielen Funktionen gedient hast.

Da
me
Blic
auf
ihm
tisc
heit
mad
dinn
es s

Die
Ges
wäh
Am
den
als
Zw
wie
nog
einf

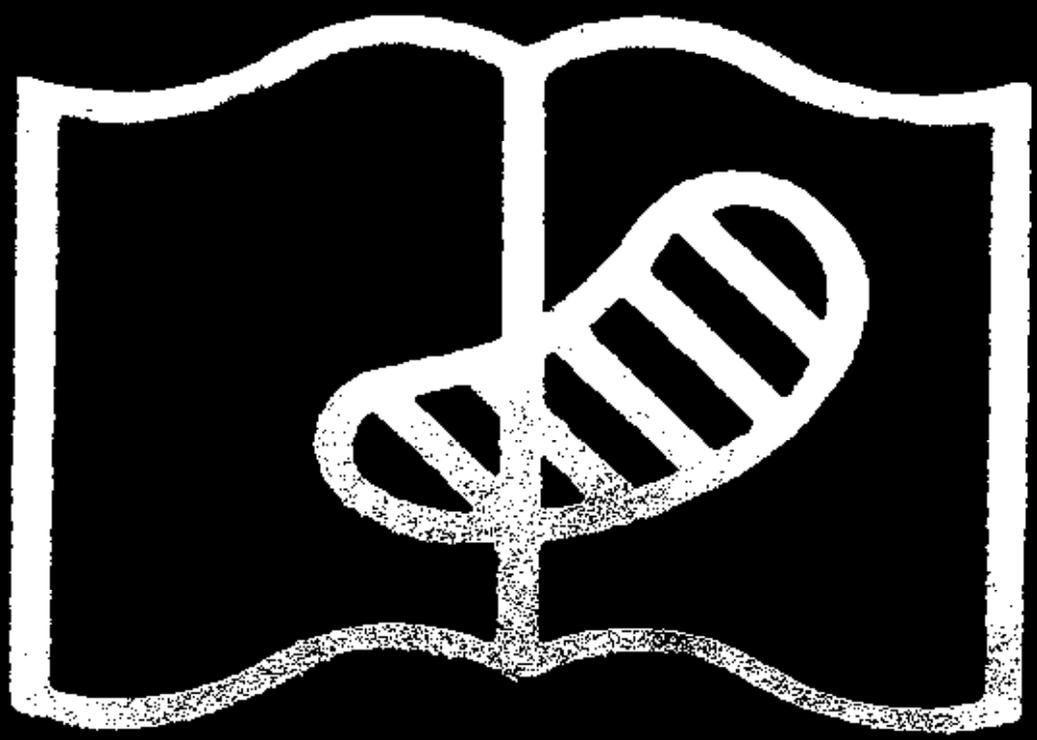
Nat
zeih
mol
die
von

Ein
einf
und
spie
bar
Fäh
täu

All
60
Ne
Au
dar

Als

von störenden Miß-, Zwischen- und Untertönen freien Hörens ermöglichen



Noch einmal, liebe Annemarie, von Herzen alles Gute, vor allem Gesundheit, Zufriedenheit und Wohlergehen.

(-/9.10.1989/vo-he/rs)